

Herzlich willkommen zum Piraten-Newsletter. Wenn wir was hätten, wofür es sich zu kämpfen lohnen würde, wären wir bereit, mit Euch zu teilen.

Bei manchen Mailprogrammen schleichen sich in den Newsletter Sonderzeichen ein (so wie der Staat in unsere Freiheiten), die die Lesbarkeit erschweren. Für diesen Fall unser Angebot im pdf-Format:

[http://www.strafrecht-online.org/pdf.2009\\_06\\_12](http://www.strafrecht-online.org/pdf.2009_06_12)

## I. Eilmeldung

Die Ad hoc-Mitteilung des Tages lautet: Verkaufen, die Strafrechts-Aktien, aber schnellstens. Dem Strafrecht geht es schlecht, zumindest an den juristischen Fakultäten. Nur noch eine Klausur im Examen, wem es bei der Vorbereitung an Zeit mangelt, sollte hier auf Lücke setzen. So einen Totschlag kriegt man allemal hin, und den Schaden kennt man vom Deliktsrecht. In den großen Wirtschaftsstrafverfahren geben sich fünf oder sechs Strafverteidiger die Klinke in die Hand, wie soll man da einen Fuß in die Tür kriegen? Und als Pflichtverteidiger einem Junkie eine Träne nachweinen, ist auch nicht jedermanns Sache.

Nur in der Politik läuft es eigentlich nicht schlecht: Governing through Crime lautet das Schlag- und Zauberwort. Seit dem 1. Juni ist nun auch endlich die neue Justizvollzugsanstalt Offenburg in Betrieb. Und wir lesen voller Ehrfurcht auf der Seite des Justizministeriums: „Sowohl bei dem Bau der Einrichtung als auch bei deren Betrieb sind private Dritte in einer sogenannten Public-Private-Partnership (PPP) einbezogen. Die Firma Züblin hat als privater Investor Ausführungsplanung, Bau, Baumanagement und Vorfinanzierung sowie Teile des Gebäudebetriebs übernommen. Das Land Baden-Württemberg zahlt den Neubau über 20 Jahre ab.“

Wir schlagen vor: Erst mal vollkriegen, dieses Gefängnis, möglichst noch vor den Wahlen. 500 Kriminelle werden sich doch schnellstens finden lassen. Und die Firma Züblin in das große Freiburger Universitäts-Projekt „Sicherheit und Gesellschaft“ einbinden. Oder ist sie schon drin? Sie hätte es verdient. Wir jedenfalls sind uns sicher: Züblin-Aktien, kaufen.

## II. Law & Politics

< Keine Wahl für den Wähler? >

Am vergangenen Sonntag haben die Deutschen ihre Vertreter im Europaparlament bestimmt. Genauer gesagt 43,5 % von ihnen. Und ganz exakt gesagt waren es sogar nur 43,5 % der wahlberechtigten Deutschen. Fast niemand also – und damit entsprechend der (gefühlten) Bedeutung dieses Parlaments.

Keine 24 Stunden nach der Wahl war dann auch schon der SPD-Bundestagsabgeordnete Jörn Thießen mit einem Vorschlag zur Stelle, wie man das Gefühl der Bevölkerung für

die überragende Bedeutung des Europäischen Parlaments stärken könne. Nicht etwa eine teure Aufklärungskampagne über Zusammensetzung und Aufgaben des EU-Parlaments hatte er sich erdacht. Wer nicht zur Wahl geht, soll nach dem Willen Thießens vielmehr eine Strafe von €50 zahlen müssen.

Spontan kam uns zuerst in den Sinn, nachzulegen und einen Qualifikationstatbestand derart zu fordern, wonach €100 Strafe verwirkt sind, wenn man sein Kreuzchen bei der CDU und nicht bei der SPD (damit ist man ja schließlich schon gestraft genug) macht. Wir lasen jedoch weiter und erfuhren, dass es das von Thießen vorgeschlagene Modell in Belgien bereits gibt. Neugierig weiterrecherchierend lernten wir auch, dass viele Staaten eine Wahlpflicht mit Strafbewehrung kennen: Australien, Liechtenstein, Italien und die Türkei beispielsweise. In Griechenland ist regelmäßiges Wählen sogar Voraussetzung für die Erteilung eines Reisepasses. Etwas liberaler sind dagegen Libyen und der Libanon unterwegs: sie kennen nur eine abgeschwächte Form der Wahlpflicht – nur für Männer.

Ist die Wahlpflicht, deren Verletzung regelmäßig mit Geldstrafe, teilweise aber auch mit Freiheitsstrafe belegt ist, also verbreiteter als man zunächst vermuten würde, muss es für sie doch gute Gründe geben. Naheliegendes Ziel einer Wahlpflicht ist sicherlich die Verhinderung überproportionalen Einflusses geringer Bevölkerungsanteile auf das Gesamtwahlergebnis. Schnell ist man mit dem Argument zur Stelle, dass so populistischen und/oder extremistischen Parteien entgegengewirkt werden kann, die nur von einer unzufriedenen Minderheit gewählt werden und die bei einer geringen Wahlbeteiligung ein überproportionales Ergebnis erzielen. Ferner wird vorgebracht, ein öffentliches Desinteresse an Politik stelle eine potentielle Gefahr für die Demokratie dar.

Thießen selbst verweist zur Begründung seines Vorschlags auf den Strafenkatalog des Bundestags, der schließlich auch das unentschuldigte Fernbleiben eines Abgeordneten von einer Abstimmung sanktioniere. Es ist indes offensichtlich, dass der Vergleich des Berufspolitikers, der bewusst diesen Beruf ergriffen hat, mit dem Bürger hinkt: Wer sich beim Souverän um dessen Repräsentation im Parlament bewirbt und daraufhin vom Souverän den Auftrag dazu (und Geld dafür) erhält, ist ihm gegenüber eben auch in der Pflicht. Aber der freie Bürger ist doch wohl seinem Repräsentanten gegenüber zu nichts verpflichtet.

Deshalb legt Thießen nach: „Keiner kann mir sagen, dass auf dem Wahlzettel keine Partei etwas für ihn ist. Und wenn das tatsächlich so sein sollte, kann man seine Stimme ja auch im Wahllokal noch ungültig machen.“ Angesichts der im Nachsatz angesprochenen Möglichkeit, auch bei Wahlzwang seine Stimme ungültig zu machen, fragt sich ohnehin, was ein strafbewehrter Wahlzwang bringen soll. Den Erfolg im Sinne einer gültigen Stimmabgabe kann man ohnehin nicht sicherstellen. Beruhigend ist immerhin, dass Thießen dies selbst einräumt und aus diesem Umstand nicht die Konsequenz zieht, man müsse eben überprüfen, ob der Wähler gültig – und womöglich auch „richtig“ – gewählt habe. Immerhin ein Rückfall in die Zeiten des Origami an der Urne bleibt uns bei Thießens Vorschlag erspart.

In puncto „ungültig Wählen“ verkennt Thießen aber vor allem, dass zwischen einer bewusst ungültig gemachten und einer gar nicht abgegebenen Stimme ein erheblicher Unterschied besteht. Denn der seine Stimme bewusst ungültig Machende zeigt damit nur, dass es keine Partei gibt, die ihn so anspricht, dass sie seine Stimme verdient. Wer dagegen von vornherein nicht zur Wahl geht, kennzeichnet damit, dass schon die Wahl selbst seine Stimme nicht verdient. Er kann dadurch zum Ausdruck bringen, dass ihn etwas viel Grundsätzliches stört. Im Zusammenhang mit der Wahl zum Europa-Parlament etwa, dass er die Idee der Europäischen Union in toto ablehnt oder auch, dass ihm die Politik im entfernten Brüssel völlig egal ist. Das ist sein gutes Recht – er ist der Souverän. Der Wähler, der seine Stimme bewusst ungültig macht, bringt dies nicht in gleicher Weise zum Ausdruck. Das gilt umso mehr, als dass man gar nicht zweifelsfrei bestimmen kann, ob jemand bewusst oder versehentlich ungültig gewählt hat.

Somit ist auch Nichtwählen eine demokratisch legitime Meinungsäußerung. Deshalb gehen auch alle anderen Argumente pro Wahlpflicht ins Leere. Denn wenn angeführt wird, dass bei einer geringen Wahlbeteiligung populistische und/oder extremistische Parteien ein überproportionales Ergebnis erzielen würden, so wird damit verkannt, dass das Wahlergebnis nicht in einer Weise vorgezeichnet sein darf, dass es idealiter innerhalb eines gewissen Spektrums liegen müsse. Letztlich würde dem Volk damit das Recht abgesprochen, ein solches Ergebnis produzieren zu dürfen. Wie der Wähler seine Stimme aber einer populistischen Partei geben darf, muss es ihm auch gestattet sein, die Stimmen anderer für diese Partei durch Nichtwahl nicht zu verwässern.

Soweit vorgebracht wird, Nichtwählen gefährde die Demokratie, so ist daran zwar richtig, dass Demokratie ohne Wahlen nicht funktioniert. Aber der politikverdrossene Bürger, der in seinem vorherigen Wählerleben vielleicht schon vielen verschiedenen Parteien seine Stimme gegeben hat, ohne dass für ihn ausschlaggebende Wahlversprechen erfüllt wurden, darf von der Demokratie auch enttäuscht sein. Nichtwahl ist dann das einzige eindeutige Mittel, dies auszudrücken. Ein Wahlzwang könnte hier ohnehin nur das äußere Wahlverhalten, nicht aber die innere Einstellung ändern. Vielleicht sollte Herr Thießen an dieser Stelle eher überlegen, ob nicht die – verbreitete – nur vordergründige Lösung von Problemen durch Verbot und Zwang diese Haltung nicht sogar noch befördert.

Nichtwahl ist also in gleicher Weise eine Meinungsäußerung wie die Stimmabgabe zugunsten einer bestimmten Partei. Niemandem steht es aber zu, die Stimmabgabe für eine Partei durch den Souverän als „falsch“ zu deklarieren. Entsprechend absurd ist es daher, die Meinung „Nichtwahl“ mit Geldstrafe zu belegen.

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,629335,00.html>

<http://tinyurl.com/m6o4mk>

< Wir bleiben auf Eurer Seite >

Piraten haben wir schon immer gemocht. Mal waren die Ritter vorn und mal eben sie. Wir haben ihnen das bisschen Gewalt nie verübelt, denn im Ergebnis ging es ihnen nur um die sagenhaften Schätze. Und wer über solche verfügt, sollte sich nicht beschweren,

wenn er sie ab und an verliert. Selbst die Piraten von heute vor der Küste Somalias oder in der Straße von Malakka genießen unseren Respekt. Ihre Ausrüstung ist moderner geworden, aber bisweilen haben sie es eben auch mit riesigen Tankschiffen zu tun, denen wir mit Argwohn begegnen.

Die Jedermann-Piraten des Alltags sind wir, wenn wir das Urheberrecht anders interpretieren als die Inhaber der Schätze von heute. Aller peinlichen Kampagnen zum Trotz sind wir uns sicher: Es gibt Wichtigeres auf der Welt, über das wir uns aufregen sollten. Wir stürzen niemanden ins Verderben. Das Urheberrecht und deren freiheitseinschränkende Durchsetzung sind die Waffen derjenigen, die nicht teilen möchten: weil sie um ihren wirtschaftlichen Reichtum oder ihren behaupteten wissenschaftlichen Alleinstellungsanspruch bangen. Und so rüsten die an einer exponentiellen Steigerung ihres Gewinns Interessierten weiter auf, die wissenschaftlichen Egomane bleiben auf der Hut. Ihr Schreckgespenst ist das Internet, ihre Spielzeugwaffe das Password.

Wir bleiben auf Eurer Seite, Piraten. 0,9 % in Europa, nicht schlecht, und wenn erst einmal online gewählt wird, geht es richtig ab.

<http://www.piratenpartei.de>

### III. News aus der Regio

Mit Betroffenheit stellen wir fest. Es gab wohl noch immer bedenkliche Lücken in unserem Newsletter. Die Sparte „News aus der Regio“ fehlte, was kaum verzeihlich ist. Steht die Regio doch für alles, was das Leben hier am Ende der Welt lebenswert macht. Die Schweiz und Frankreich sind nebenan, die Chance auf Dreiländer-Krampf-Kooperationen damit zum Greifen nahe. Die Regio steht für Heimlichkeit, es menschelt, jeder weiß alles über den anderen und wenn noch etwas fehlt, dann wird man es schon rauskriegen. Und Baden-Württemberg wiederum symbolisiert das Mittelstands-Cleverle, das einfach weiß, wie es geht. Wiedeking wuchs in Beckum auf, das möchten wir an dieser Stelle ausdrücklich klarstellen. Ach ja, grün ist die Regio auch, und soll es bleiben. Autos ab in den Freiburger Stadttunnel – und möglichst erst in Frankreich wieder raus. Wir freuen uns über den Erfolg der Bourgeoisie-Grünen in Freiburg, die es sich leisten können. Das wird eine bombige Stimmung, wenn die Problemkids durch Freiburg getrieben werden. Wie von der Alm eben. Passt doch.

< Freiburger Farbenspiele – wird's dem OB jetzt zu bunt? >

So zerstückelt war der Freiburger Gemeinderat wohl noch nie: Am vergangenen Sonntag wurden sieben Listen/Parteien ins Stadtparlament gewählt und damit eine mehr als vor fünf Jahren. Denn während die freichristlich inspirierte Liste „Für Freiburg“ trotz ihren Freiburger alt-prominenten Zugpferde das Hindernis gerissen hat, zog die Grüne Alternative Freiburg (GAF) mit zwei Sitzen und knapp 4 % der Stimmen ein. Die GAF hatte sich 2008 aus Protest gegen die Politik der schwarz-grünen Gemeinderats- und Bürgemeister-Mehrheit von den Bündnis-Grünen abgespalten.

Das schlechte Abschneiden von CDU (jetzt 10 Sitze) und Bündnis-Grün (12 Sitze) sorgt aber vor allen dafür, dass nun die munteren Zahlenspiele der Mehrheitsfindung losgehen. Weder die bürgermeistertreue schwarz-salomongrüne Koalition noch eine „große“ Law-and-Order-Koalition aus CDU und SPD (9 Sitze) bringen es auf die notwendigen 24 Mandate, um die kommenden 5 Jahre durchregieren zu können. OB Salomon wird sich seine Mehrheiten wohl nun mühsam zusammensuchen müssen.

Doch auch dauerhafte Bündnisse sind denkbar. Denn Jamaika – die FDP verdoppelte sich auf 4 Sitze, die Freien Wähler haben 3 – wird auf lokaler Ebene plötzlich zu einer zumindest arithmetisch überzeugenden Option. Ob die Bündnis-Grüne Basis und auch einige Gemeinderäte aber der Partei nicht endgültig den Rücken zukehren, wenn jetzt auch noch mit den Liberalen paktiert wird, steht auf einem anderen Blatt.

Fakt ist jedoch auch, dass ein „linker“ Pakt aus der Linken (4 Sitze), den Frauen (1 Sitz) und der Kulturliste (2 Sitze) – diese bildeten bisher gemeinsam die Fraktionsgemeinschaft „Unabhängige Liste“ – selbst zusammen mit der SPD, GAF und der Rätin von Junges Freiburg „nur“ auf 19 Sitze kommt. Auch grün-grün-rot kommt nur auf 23 Sitze, rot-rot-grün dagegen auf 25. Eine dauerhafte Zusammenarbeit von Bündnis-Grünen und „Kommunisten“ ist aber nicht wahrscheinlich.

Solche Zahlenspiele dürfen nicht darüber hinweg täuschen, dass auf kommunaler Ebene viele Entscheidungen ohnehin kunterbunte Mehrheiten erhalten, weil ein Fraktionszwang im Grunde nicht existiert.

Was dies für die Politik der kommenden fünf Jahre bedeutet, ist noch ziemlich unklar. Trotz Einzug der GAF und Verlusten der CDU wurde das bisherige Schwarz-Grüne zu wenig abgestraft, als dass hier ein Umdenken bei ihren Großprojekten (Stadttunnel, Platz der Synagoge) oder der sehr bürgerlichen Sozial- und Finanzpolitik (geplanter Stadtbauverkauf im Jahr 2006) wirklich zu erwarten ist. Auch für die Aufhebung des nur für die Ökonomen sinnhaften Alkoholverbots im Bermuda-Dreieck wird es trotz leichter Verschiebungen und den schlagenden Argumenten, die auch hier im Newsletter immer wieder vorgebracht wurden, wohl kaum eine Mehrheit geben, solange sich nicht mindestens die Bündnis-Grünen und die FDP endlich wieder ihrer liberalen und bürgerrechtlichen Wurzeln erinnern. Es bleibt zu hoffen, dass sich die Bündnis-Grüne Fraktion gerade wegen der fehlenden, sicheren Mehrheiten wieder von der Bürgermeister-Bank emanzipiert und in Zukunft für ein auch jenseits des Gemeinderats buntes Freiburg eintritt.

#### IV. Was macht eigentlich ...? Oder auch: Petermann, geh Du voran!

Wir haben es immer gewusst – Petermann lebt! Oder? Der 1947 unbekanntes Ortes geborene Schimpanse und Kölner Freiheitskämpfer Petermann („Pittermänsche“ op Kölsch) erlangte durch seine Fähigkeiten, menschliches Verhalten zu imitieren und in Menschenkleidung Kunststücke aufzuführen, in der Nachkriegszeit bundesweite Berühmtheit. Zu seinen Talenten gehörten das Motorradfahren (ohne Fahrerlaubnis), die Nahrungsaufnahme mit Messer und Gabel, das Zigarettenrauchen und der

Alkoholkonsum. In Uniformen der Kölner Karnevalsgesellschaften gesteckt, war Petermann DIE Attraktion jeder Prunksitzung; die Jecken bogen sich vor Lachen, wenn Petermann Grimassen schnitt und ihnen in Frack und Zylinder zuprostete.

Wie beinahe jede Hochbegabung hatte leider auch diese ihre Schattenseiten: Weil Petermann als Waise von anderen Affen isoliert und vom damaligen Zoodirektor in Handzucht aufgezogen worden war, hatte er kaum Kontakt mit Artgenossen und keine Gelegenheit, äffisches Verhalten zu erlernen, weshalb er mit Eintritt der Geschlechtsreife als gesteigert aggressiv aus dem Dressurprogramm genommen wurde. Sein Ruhm verblasste schnell, nur im Kölner Zoo war er noch immer der Liebling der Massen. Unterbeschäftigt und sich in einer völlig ungewohnten Umgebung wiederfindend, wurde der ehemals so liebenswerte Menschenaffe depressiv und erlitt heftige Tobsuchtsanfälle. Die sozialisationsbedingten Verhaltensstörungen, unter denen Petermann litt, führten dazu, dass der einstige Publikumsliebbling einen Einzelkäfig zugewiesen bekam, in dem er es später immerhin mit der Schimpansin „Susi“ aushielt.

Am 10. Oktober 1985 war der Käfig nur nachlässig verschlossen. Als der damalige Zoodirektor Gunther Nogge mit einigen Besuchern das Affenhaus betritt, erwacht das Tier in Petermann. Der Schimpanse hält den Zoodirektor für ein rivalisierendes Alphamännchen, sieht sein Revier bedroht und fällt Nogge auf die für Schimpansen charakteristische Art an – mit Bissen ins Gesicht und in die zum Schutz erhobenen Hände. Nogge erleidet schwere Wunden im Gesicht und verliert einen Finger; im Krankenhaus wird er wieder zusammengeflickt. Ät hat och ämmer jot jejange, schmunzeln die Kölner heute über den Mann, der vom Affen gebissen wurde. Petermann, durch Pfleger von seinem Opfer getrennt, entkommt zunächst unbehelligt und narrt seine Verfolger für mehrere Stunden. Unglaubliche Szenen spielen sich ab, und der Randal im Tierpark setzt erst ein Scharfschütze der Kölner Polizei ein Ende, der Petermann in einem Baumwipfel, aufrecht und die linke Faust in den Kölner Abendhimmel gereckt, feige von hinten erschießt.

Diese direkte Aktion, insbesondere sein Butch Cassidy und Sundance Kid würdiger Abgang machte den taffen Affen posthum zum Idol der linken Szene („aufrecht auf der Flucht von Bullen erschossen“) – in manchen Kölner Stadtteilen findet sich auch beinahe ein Vierteljahrhundert nach dem Happening noch oder immer wieder die Parole „Petermann lebt“ auf Häuserwänden. Zum geflügelten Wort nicht nur in der Anarchoszene ist seitdem der Satz „Petermann, geh Du voran“ geworden, auch wenn es, wie die SZ vom 10./11. Juni schrieb, „nur darum geht, aus einer Gruppe durstiger Jungmenschen denjenigen zu bestimmen, der weiteres Bier vom Büdchen heranschleppen soll.“

Beinahe schien es nun, als habe der anarchistische Affe einen legitimen Nachfolger gefunden. Ein Schimpanse des Berliner Zoos hat dem Berliner Zoodirektor Bernhard „B.J.“ Blaskiewitz unlängst ebenfalls den Zeigefinger abgebissen, als dieser Pedro, so heißt das Nachwuchstalent, mit Nüssen fütterte. Ob der Affe sich bedrängt fühlte oder Heißhunger hatte, konnte laut „Tagesspiegel“ noch nicht geklärt werden. In jedem Fall hat sich Pedro Petermanns Motto „Nogge Dir einen“ zu Herzen genommen, allein eine Flucht quer durch den Berliner Hauptstadztzoo gelang dem 28-jährigen Primaten nicht, denn Pedro schaffte es erst gar nicht aus dem Käfig. Gleichwohl schossen die

Spekulationen ins Kraut, im Internet vermuteten Verschwörungstheoretiker ob der Namensähnlichkeit von Pedro und Petermann gar, eine „Zoomafia“ habe Petermann nach dem Biss in Nogges Finger aus Köln entführt und unter neuer Identität im Berliner Zoo untergebracht.

Pedros Aktion, obgleich ungleich unspektakulärer als die seines Art- und Kampfgenossen, wurde im „Streiflicht“ der SZ vom 10./11. Juni in einen größeren Zusammenhang gestellt und als kommunikativer Akt des Protests verstanden: Pedro habe den Anschlag in Anwesenheit eines mit „B.J.“ Blaskiewitz befreundeten katholischen Geistlichen durchgeführt, er habe den von Petermann an seine Nachfolger erteilten Auftrag verstanden, er habe für alle Tiere gehandelt, insbesondere für den in Rufweite seines Geheges untergebrachten Exkinderstar Knut, diesen „Helden des Privatfernsehens“, diesen „Dieter Bohlen mit Fell“. Er habe für die Freiheit gehandelt, und „für Schimpansen, die im Fernsehen immer Latzhosen tragen müssen.“

Was auch immer Pedro, von dem noch kein Bekennerschreiben vorliegt, zu seiner – gemessen an den möglichen Konsequenzen – kontraproduktiven und aktionistischen Tat bewegt hat, fest steht jedenfalls, dass es nach Ansicht vieler Berliner nicht den Falschen getroffen hat. Zoodirektor Blaskiewitz – sein Spitzname resultiert aus der Ähnlichkeit seines Nachnamens mit dem der Wolfenstein-Ballerikone B.J. Blazkowicz und der von vielen vermuteten Seelenverwandtschaft beider – ist bei vielen Zoobesuchern untendurch, seit er 1991 eigenhändig vier jungen Kätzchen die Hälse umgedreht hat. Sein Finger konnte nicht wieder angenäht werden und musste amputiert werden.

Dennoch hat Pedro anders als Petermann, dessen Opfer Nogge nach einem durch die Affenattacke angestoßenen Erkenntnisprozess heute vehement für artgerechtere Tierhaltung plädiert und gegen unsäglich dämliche Tiersendungen wie „Unser Charly“ wettet, mit seiner Tat rein gar nichts bewirkt. Im Gegenteil droht, wie so oft nach anarchistischen Attentaten, eine Verschärfung der Haltebedingungen und der Besuchszeiten. Von wegen „Pedro hat seinen Auftrag verstanden“ (SZ) – vor einem organisierten Affenkampf, von einer zweiten RAF, einer Roten Affen Fraktion sind wir sicher, ob es uns gefällt oder nicht. Bei näherem Zusehen sollte sich also Ernüchterung breitmachen: Petermann kommt nicht wieder. Oder wie der Kölner sacht: Wat fott is, is fott.

## V. Die Kategorie, die man nicht braucht

aus der Titanic (und uns aus tiefster Seele gesprochen): „Wie wir der Presse entnehmen, haben Sie Angela Merkel „jegliches Kunstverständnis abgesprochen“, weil sie Ihnen bei einem Treffen im Kanzleramt nur eine einzige Frage gestellt habe. Nämlich diese: „Wollen Sie noch Schnittchen?“ An Ihrer Stelle, sehr geehrter Herr Schlingensiefel, wären wir gar nicht erst ins Kanzleramt eingeladen worden, und wenn doch, dann hätten wir die Einladung dankend abgelehnt. Wenn Sie nun aber schon so rampenlichtgeil sind, dass Sie auf Zuruf sogleich auch ins Bundeskanzleramt eilen, dann sollten Sie sich doch darüber freuen, dass die Kanzlerin etwas von Ihnen wissen will. Im Gegensatz zu Angela Merkel wollen viele andere Leute ja überhaupt nichts von Ihnen wissen. Uns zum Beispiel würde es nicht einmal interessieren, ob Sie noch Schnittchen wollen. Und

wir würden niemandem, der von Ihnen nur dies und sonst rein gar nichts wissen will, jegliches Kunstverständnis absprechen. Schluss mit dem Theater!“

Und schließen die Frage an: Durch welchen Reifen Ihrer momentanen Befindlichkeit sollen wir denn heute springen? Oder erzählen Sie uns zumindest mehr von Ihrer Verlobten, wir sind ein Fan dieses Instituts, von Ihnen ja eh. Aber wir sehen Sie doch zumindest in Kürze bei Kerner, hoffen wir zumindest voller Zuversicht.

## VI. Das Beste zum Schluss

Es gibt Vieler zu gedenken. Machen wir es also kurz.

<http://www.angryalien.com/aa/killbillbuns.asp>

Ihr LSH, uns interessiert wenig mehr als uns selbst

--

NL vom 12.6.2009

Roland Hefendehl

Institut für Kriminologie und Wirtschaftsstrafrecht

Tel.: +49 (0)761 / 203-2210

Fax: +49 (0)761 / 203-2219

Mail: [hefendehl@jura.uni-freiburg.de](mailto:hefendehl@jura.uni-freiburg.de)

Netz: <http://www.strafrecht-online.org>